

Europäischer Sozialdialog für den Handel

Vollversammlung, 6. November 2002

Gemeinsame Erklärung von EuroCommerce und UNI-Europa Handel

Der zwischen EuroCommerce und UNI-Europa Handel geführte Europäische Sozialdialog für den Handel ist einer der aktivsten in der Europäischen Union. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in der Europäischen Union nahezu 25 Millionen Personen im Handel beschäftigt sind, gehört dieser Dialog zudem zu den repräsentativsten.

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Vereinbarungen getroffen, gemäss den Erfordernissen der Europäischen Kommission, die von den Sozialpartnern verlangt, Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Arbeitsbeziehungen zu schaffen, die der kombinierten Anforderung nach Unternehmensflexibilität, Beschäftigungssicherung und Qualitätsbeschäftigung gerecht werden. EuroCommerce und UNI-Europa haben wiederholt gemeinsam zu Beschäftigungsfragen Stellung genommen und betont, dass der Handel hochwertige Dienstleistungen für die europäischen Verbraucher erbringen und gleichzeitig Beschäftigungssicherheit und Beschäftigungsqualität gewährleisten müsse.

Auf bedeutenden Sozialdialog-Konferenzen haben große und repräsentative Gruppen prominenter Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter nach einem gemeinsamen Vorgehen im Bereich der Arbeitsbeziehungen im Handel, einem der dynamischsten Sektoren Europas, gesucht. Über die Gespräche am runden Tisch für die Sozialpartner in den EU-Kandidatenländern war der Soziale Dialog für den Handel auch für andere Branchen richtungsweisend, indem er konkret zum EU-Erweiterungsprozess beigetragen hat. Gemeinsame Forschungs- und Ausbildungsprogramme, einschliesslich eines kürzlich abgeschlossenen Projekts zur Unterstützung von Unternehmen und ihren Mitarbeiter/innen bei der Anpassung an neue E-Commerce-Lösungen haben maßgeblich zu der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Einzel- und Großhandel, der Beschäftigung und der Beschäftigungsfähigkeit der Handelsangestellten beigetragen.

EuroCommerce und UNI-Europa Handel sowie die ihnen angeschlossenen Organisationen und deren Mitglieder betreiben den Sozialen Dialog im Geiste der gegenseitigen Achtung und der Kooperation, und sie sind bestrebt, Lösungen zu finden, die dem gemeinsamen Interesse von Handel und Vertrieb und den hier Beschäftigten dienen. Die jüngsten Abkommen über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, über Telearbeit, über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Vereinbarung zur Unterstützung der Altersvielfalt, und viele andere - die häufig Fragen zum Gegenstand haben, für die nur schwer ein Konsens erreicht werden konnte - zeigen, dass die Sozialpartner diesen Dialog ernst nehmen und bereit sind, die Verantwortung, die ihnen damit zufällt, zu übernehmen.

Der Soziale Dialog für den Handel konzentriert sich zunehmend auf die Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen und folgt damit den Initiativen der

Europäischen Kommission. Die Anstrengungen zur Förderung des Prozesses der sozialen Eingliederung - eine weitere Priorität der Gemeinschaft - werden fortgeführt; in diesem Zusammenhang prüfen die Sozialpartner im Handel Möglichkeiten für die baldige Aushandlung eines Abkommens zur Unterstützung von Behinderten im Arbeitsleben.

Vor diesem Hintergrund zeigen sich die Sozialpartner zutiefst besorgt über die jüngsten Entwicklungen, die ihren laufenden Europäischen Sozialdialog gefährden.

EuroCommerce und UNI-Europa Handel widersetzen sich kategorisch der Auslegung des Vorschlages der Europäischen Kommission, gemäss der EuroCommerce vom vorgeschlagenen tripartiten Sozialgipfel ausgeschlossen würde. Damit würde der Handel zu einer Branche ohne eine effektive Vertretung auf der Arbeitgeber-Seite, denn die entstehende Lücke könnte durch den Teil der Handelsarbeitgeber-Organisationen, die indirekt offiziell durch die vornehmlich auf den Produktionssektor ausgerichteten Verbandsstrukturen vertreten sind, nicht ausgefüllt werden. Wenn EuroCommerce von diesem Gipfel ausgeschlossen würde, könnte dies negative Folgen für die Rolle der Organisation als Sozialpartner haben und somit entscheidende Aspekte des Sozialdialogs im Handel in Frage stellen.

EuroCommerce war bisher auch im Ständigen Beschäftigungs-Ausschuss vertreten. Die europäischen Sozialpartner für den Handel vereinigen ihre Kräfte, um dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission klar zu machen, dass EuroCommerce auch auf dem vorgeschlagenen tripartiten Sozialgipfel vertreten sein muss. Sie fordern den Vorsitz der Europäischen Union auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um dies im Rahmen der vorliegenden Vorschläge sicherzustellen.

EuroCommerce
Ray Baker

UNI-Europa Handel
Jan Furstenborg